Wegfall der Haltestelle Winterscheider Mühle:

Der Landrat schlug vor, die Anregungen und Beschwerden nach § 21 KrO NRW sowohl die Gemeinde Ruppichteroth als auch die Stadt Königswinter betreffend zur weiteren Beratung in den zuständigen Planungs- und Verkehrsausschuss zu verweisen.

Abg. Smielick wies darauf, dass dessen nächste Sitzung erst nach den Herbstferien stattfindet und es dann für die Behandlung dieser Thematik zu spät sei. Es sei der Wunsch der Bürgerinitiative, diese Haltestelle wieder anzufahren, die durch den Nahverkehrsplan herausgenommen wurde.

Der Landrat antwortete, dass die ursprünglich für den 08.09.2010 terminierte Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses bereits im Vorfeld mangels anstehender Themen abgesagt wurde. Zu diesem Zeitpunkt seien diese Beschwerden noch nicht bekannt gewesen. Die nächste Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses finde am 23.11.2010 statt. Für Änderungen hinsichtlich der Umsetzung des Fahrplans sei es dann zu spät.

Abg. Steiner ergänzte, dass es auch in der Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 08.09.2010 für Fahrplanänderungen zu spät gewesen sei, weil der VRS hierfür drei bis vier Monate Vorlauf brauche. Daher sei eine Beschlussfassung vor den Sommerferien notwendig gewesen.

Abg. Groeneveld verwies auf die Möglichkeit einer Dringlichkeitsentscheidung. Er habe sich die Situation vor Ort gemeinsam mit dem Kreistagsabgeordneten Tandler und betroffenen Bürgern am Wochenende angeschaut. Man sehe hier im Hinblick auf die Verlegung der Haltestelle dringenden Handlungsbedarf im Interesse der Verkehrssicherheit, gerade für die Schulkinder, die die Buslinie nutzen.

Der Landrat merkte an, dass man dort drei Schülerbusse morgens, mittags und nachmittags im Einsatz habe, so dass die Schüler komplett versorgt seien. Im Übrigen falle die Verlegung der Haltestelle in die Zuständigkeit der Gemeinde.

Planungsamtsleiter Dr. Sarikaya erläuterte, man habe den Wegfall der Haltestelle sowohl im Rat als auch im Kreistag beraten. Ergebnis sei gewesen, dass man die Schüler in den jeweiligen Ortschaften früh morgens abholen und nachmittags mit zwei Bussen nach Hause bringen werde. Dies bedeute, dass die Schülerverkehre aus unserer Sicht unproblematisch sein werden, weil man wisse, aus welchen Ortschaften wie viele Schüler zu welchen Schulen fahren müssten. Die Diskussion um Verkehrsgefährdungen sei für ihn insoweit unverständlich. Vielmehr gebe der Nahverkehrsplan eine deutlich verbesserte Anbindung von Winterscheid mit insgesamt 1.600 Einwohnern vor. Die beispielsweise in Litterscheid wohnenden Bürger könnten dagegen auch heute schon den vorhandenen AST-Verkehr nutzen. Dieses Angebot werde ab Dezember 2010 erweitert.

Abg. Bausch hatte für die Kritik des Abg. Groeneveld sehr wenig Verständnis. So habe hierzu im Planungs- und Verkehrsausschuss ein einstimmiges Votum vorgelegen. Man habe auch die Bereitschaft signalisiert, im Rahmen der sog. kleinen Verkehrsplananpassung, die aller Voraussicht nach Mitte nächsten Jahres erfolge, notwendige Änderungen zu berücksichtigen. Man könne aber nicht für jede Änderung im Kreisgebiet nun Sondersitzungen einberufen. Mit Sicherheit werde es beim Nahverkehrsplan rechtsrheinisch noch Beratungsbedarf im Hinblick auf Verbesserungen und Anpassungen geben. Vernünftigen und nachvollziehbaren Änderungen

wolle man sich auch nicht verschließen, weshalb man einen entsprechenden Begleitbeschluss gefasst habe.

Abg. Hartmann wies darauf hin, dass an der einstimmigen Beschlussfassung im Planungs- und Verkehrsausschuss seitens der LINKEN der Abg. Otter mitgewirkt habe. Die Frage sei nun, wie man diese Anregungen/Beschwerden nach der Kreisordnung sachgerecht beraten könne und ob ein Ausschuss in ausreichender Zeitnähe in der Lage sei, darüber qualifiziert zu entscheiden.

Der Landrat bestätigte nochmals, zuständiger Fachausschuss sei der Planungs- und Verkehrsausschuss, der am 23.11.2010 wieder tage.

Abg. Groeneveld teilte mit, dass ihm diese Entwicklung in Ruppichteroth bzw. an der Winterscheider Mühle erst bekannt geworden sei, als der Nahverkehrsplan bereits beschlossen war. Es gehe nun darum, hier unbürokratisch und schnell zu einer praktikablen Lösung wegen der dortigen Verkehrsgefährdung zu gelangen.

Der Landrat bemerkte, dass gerade die Haltestelle Winterscheider Mühle nicht mehr angefahren werden solle.

Abg. Groeneveld ging davon aus, dass die alte Haltestelle an der Winterscheider Mühle, die ja in Ordnung wäre, ein Stück weiter raus in die nächste Ortschaft verlegt werden solle.

Der Landrat entgegnete, hier müsse ein Missverständnis vorliegen, da dies der Kreis gar nicht könne. Er wäre dem Abg. Groeneveld dankbar, wenn er das mit der Verwaltung bilateral klären könnte, da man der Frage einer Gefährdung natürlich nachgehen müsse. Hierüber entscheide das Straßenverkehrsamt gemeinsam mit dem Straßenbaulastträger und der Gemeinde, die an sich für die Haltestellen zuständig sei.

Abg. Steiner führte aus, dass auch im linksrheinischen Kreisgebiet Nachbesserungen unkompliziert und außerhalb des Fahrplanes durch die Verwaltung umgesetzt worden seien. Auch an der Situation in Winterscheid könne man außerhalb des Fahrplans noch etwas ändern. Außerdem habe die Verwaltung zugesagt, bei auftretenden Problemen mit der derzeitigen Lösung - Schülerverkehre plus die Ausweitung des AST-Verkehrs - auch hier noch nach Lösungen zu suchen. Tatsache sei, dass man in dem finanziellen Rahmen, den der Kreistag durch das Budget für den ÖPNV gesetzt habe, nicht jede wünschenswerte Maßnahme umsetzen könne. Hier müsse man Kompromisse finden, damit die Menschen vor Ort größtmögliche Hilfe bekämen. Häufig seien zudem Umstellungen im ÖPNV auch damit verbunden, dass man sich neue Wege suchen und dies sich erst einmal einspielen müsse. Außerdem sollte man zunächst einmal schauen, welche Möglichkeiten der kommende AST-Verkehr biete und diesen besser erklären sowie bewerben. Auch gebe es die Zusage der RSVG, dass man morgens in den Schulbussen auch Berufspendler, die darauf angewiesen seien, mitnehmen könne. Gerade für ältere Leute sei der AST-Verkehr zudem eine „gute Sache“, da er den großen Vorteil biete, dass der Kunde nicht zur Bushaltestelle gehen zu müssen, sondern bis vor die Haustür gefahren zu werden, auch wenn er etwas teurer ist.

Der Landrat wies darauf hin, dass man nun einen zusätzlichen Schulbus nachmittags habe. Erstmals würden die Orte Hatterscheid, Kuchem und Hänscheid überhaupt an den ÖPNV mit angebunden.

Abg. Smielick bedauerte, dass es nun zu spät für Änderungen aufgrund dieser Beschwerde sei, zumal der Gemeinderat und der Bürgermeister sich einhellig gegen die Aufhebung dieser Haltestelle ausgesprochen hätten. Die Menschen dort seien nun gezwungen, entlang der

Kreisstraße auf einem Weg zu gehen, der schlecht gepflegt sei und vergrase. Hier bestehe tatsächlich eine Gefährdung. Natürlich könnten schon zwei oder drei Minuten eine große Rolle im Fahrplan spielen, gerade im Hinblick auf die Vertaktung, um den Anschluss an Hennef nicht zu verlieren. Aber dann fragten sich die Bürger auch, warum man diese Linie durch Hatterscheid führe, zumal sie doch eigentlich nur einige Hundert Meter von der Bushaltestelle, die hinter der Winterscheider Mühle liege, auch hätte bedient werden können. Die Bürger würden sich als Menschen zweiter Klasse empfinden, soweit Änderungen erst beim Bau dieses Hotels in Erwägung gezogen würden. Es sei schwer zu vermitteln, dass es nicht möglich sei, diese 1,5 Kilometer mit einem Wendepunkt anzufahren und die Fahrt dann fortzusetzen.

Planungsamtsleiter Dr. Sarikaya teilte mit, dass man nach Eingang der Bürgerbeschwerden die RSVG nochmals befragt habe, bis wann eine Entscheidung herbeigeführt werden müsse, um Änderungen noch berücksichtigen zu können. „Dead-Line“ sei hier der Schuljahresbeginn am 30.08. 2010 gewesen. Deshalb hätte auch in der abgesagten Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 08.09.2010 keine Änderung mehr herbeigeführt werden können. Auch sehe er nach Rücksprache mit dem VRS in der letzten Woche in der Kürze der Zeit im Hinblick auf die Fahrplangestaltung keine Möglichkeit mehr, noch Änderungen zu realisieren.

Abg. Hartmann ärgerte, dass man nach dem Schreiben des Bürgermeisters, welches vom 12. August datierte, noch 18 Tage Zeit für eine Reaktion gehabt hätte. Man müsse durchaus auch in der Lage sein, seine Entscheidung kritisch zu prüfen. Da nun die nächste Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses erst im November 2010 anstehe, bestünde evtl. die Möglichkeit, dass die vier verkehrspolitischen Sprecher der Fraktionen plus die Beteiligten aus dem Ausschuss die Thematik vor beraten und über die Anregung in der Sitzung des Kreisausschusses im Oktober 2010 ggfs. entschieden werden könne.

Der Landrat nahm Bezug auf den einstimmigen Beschluss des Kreistages mit dem Auftrag zur Umsetzung durch die Verwaltung, von dem man nicht abweiche. Der zuständige Fachausschuss könne hierüber in seiner Sitzung im November 2010 beraten. Wenn man die Haltestelle Winterscheider Mühle zusätzlich noch anfähre, komme der Fahrplan durcheinander mit negativen Auswirkungen für die Winterscheider, auch im Hinblick auf die Anschlussverkehre. Es sei auch eine Grundsatzfrage, ob man jetzt auf jede Bitte und Beschwerde hin Abweichungen von den Kreistagsbeschlüssen herbeiführen wolle. So habe der Kreistag auch beschlossen, den beschlossenen Nahverkehrsplan erst einmal zu erproben und auf Grund von praktischen Erfahrungen dann nochmals zu überprüfen.

Abg. Steiner ergänzte, dass man auch kurzfristig im November noch etwas ändern könne, allerdings nur außerhalb des Fahrplans, zum Beispiel im flexiblen AST-Verkehr.

Abg. Tüttenberg unterstrich die Ausführungen des Abg. Hartmann und fragte, was gegen diese Vorgehensweise spreche. Man nehme diese Anregungen sehr ernst. Die Bürger warteten auf ein Signal, dass sich die Politik damit beschäftige, zumal sie jetzt darüber diskutierten. Es sei auch ein Zeichen von Bürgerfreundlichkeit und Flexibilität, nun diesen unbürokratischen Weg zu gehen, der in der Sache nichts vorweg nehme, nicht schade, aber vielleicht mehr an Informationen bringe und dem Bürger das Gefühl gebe, dass mit evtl. neuen Informationen ernsthaft umgegangen werde.

Abg. Steiner führte aus, alle Parteien, außer DER LINKEN, seien sowohl im VRS wie auch in der RSVG vertreten und würden das Procedere zum Fahrplanwechsel kennen. Auch seine Fraktion nehme diese Anregung ernst. Im Fahrplan seien aber Änderungen realistisch nicht

mehr machbar. Man könne einen kompletten VRS-Fahrplan nicht wegen einer Linie über den Haufen werfen, auch wenn es hier nur um 2 Minuten gehe, denn davon hängen Anschlussstakte ab. Es gehe nunmehr darum, den Betroffenen zu helfen. Dazu bedürfe es einer eingehenden Prüfung, ggfs. auch in Form eines „runden Tisches“, wo man sich zusammensetzen und dies vorbereiten könne. Dies sollte nicht im Kreisausschuss, sondern vielmehr im zuständigen Planungs- und Verkehrsausschuss erfolgen.

Abg. Mersch machte darauf aufmerksam, dass es bei vielen weiteren Linien entsprechende Forderungen aus den Städten und Gemeinden gebe. Sie habe sich persönlich in Ruppichteroth nach weiterem Handlungsbedarf erkundigt, worauf man aber nicht reagiert habe. Deshalb sei sie über die Bildung dieser Bürgerinitiative erstaunt gewesen. Hierüber könne man nunmehr im Planungs- und Verkehrsausschuss im November 2010 weiter beraten.

Abg. Bausch pflichtete den Ausführungen seiner Vorrednerin bei. Natürlich wolle man sich mit den Anregungen der Bürger in aller Ernsthaftigkeit auseinandersetzen. Hierfür sei der Planungs- und Verkehrsausschuss das zuständige Gremium, wobei man sich hier nicht nur durch die Kreisverwaltung, sondern auch durch Vertreter der RSVG beraten lasse. Diese gründliche Beratung sei man den Bürgern auch schuldig, weshalb man nun auch nicht etwas auf die Schnelle machen sollte. Ganz offen müsse man sagen, dass man jetzt zunächst einmal am Ende eines Verfahrens angelangt sei, dies aber nicht der Schlusspunkt sei. Er verwies hierzu auf den vom Kreistag gefassten Begleitbeschluss. So sei es selbstverständlich, dass man bei einem Nahverkehrsplan noch Anpassungen vornehmen müsse. Hierzu bedürfe es aber einer gründlichen fachlichen Beratung im Fachausschuss im November. Am Fahrplan zum 01.01.2011 ändere man nun ohnehin nichts mehr.

Abg. Smielick teilte mit, es habe in der Sommerpause in der Gemeinde Ruppichteroth eine Pressekonferenz mit Herrn Neuber und ihm als den Ruppichterother Kreistagsabgeordneten sowie den Vertretern der anderen Parteien stattgefunden, bei der der Wille des Gemeinderates und des Bürgermeisters deutlich zum Ausdruck gebracht worden sei. Man werde nun als Kreistagsabgeordneter hier attackiert, wolle sich aber nicht den „schwarzen Peter zuschieben lassen“. Er begrüße es daher, dass man nun nach einer Möglichkeit suchen wolle, die Bürger zufrieden zu stellen. Das Mindeste sei herbei -und das müsse man den Bürgern auch mitteilen -, dass die Schüler, die bisher immer diesen Bus mit benutzt haben, ihren Weg auch in den Nachmittagsstunden finden, ohne sie hier einer Gefahr auszusetzen.

Der Landrat merkte an, er habe den anwesenden Vertretern der Initiative bereits Vorfeld der heutigen Sitzung mitgeteilt, dass der Nahverkehrsplan verabschiedet sei, der Fahrplan im Dezember in Kraft trete und dies natürlich fachlich sorgfältig beraten worden sei. Die Verwaltung werde nunmehr die Vertreter der Initiative und der Gemeinde zu einem Gespräch einladen und die Situation vor Ort mit diesen erörtern. Der Kreistag sei aufgrund dieser praktischen Erfahrungen oder neuer Erkenntnisse durchaus in der Lage, hier Änderungen vorzunehmen. Er schlage insoweit vor, beide Anregungen/Beschwerden zur weiteren Beratung in den zuständigen Planungs- und Verkehrsausschuss zu verweisen.

Erhalt der Buslinie 537 für Rauschendorf, Bockeroth und Uthweiler: